Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Verschuß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Humor", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12701. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Kompreßzeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 250 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4/5 Proz. Rabatt. Für Briefnieder. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 174 | Dresden, Dienstag, den 29. Juli 1930 | 41. Jahrgang

Sammelt ruhig weiter

Das Ende der Demokraten — Neue Partei mit alten Phrasen und alten Männern — Die Volkspartei sammelt für sich

Noch vor Jahresfrist verkündete Mahraun, der Ordensmeister des Jungdo, daß alles Uebel von den Parteien käme, daß sie beseitigt werden müßten, daß es nur noch Bünde geben dürfte und Bewegungen, und daß der Jungdeutsche Orden der Bund sei, welcher ... Am Sonntag hat sich, wie bereits gemeldet, dieser J. O. mit Teilen der Demokraten und einigen zahlenschwachen Jugendbünden zur „Deutschen Staatspartei" vereinigt. Wenn Herr Mahraun lerneifrig ist, kann er daraus ersehen, daß die Partei das Ergebnis aller Bewegungen zu sein scheint. Er kann seinen Jungdo nicht mehr anders dirigieren, als indem er zur Partei wird: mit Instanzen, Kassen, Statuten, Mitgliederversammlungen, Funktionären, Abgeordneten und anderm Schikanen. Die Parteien, Herr Mahraun, gäb's eben nicht, wenn sie nicht im politischen Leben die logische Form der Zusammenfassung gleichstrebender Menschen wären. Sehen Sie das endlich zu, Meister Mahraun? Wenn ja, dann haben Sie die „Staatspartei" wenigstens nicht vergeblich mit erfunden.

•

Die Gründung wurde gemacht mit einem Teil der demokratischen Führer. Die demokratischen Parteiinstanzen haben erst entscheiden, und es wird dabei einigen Krach geben. Die demokratische Presse (Vossische Zeitung, Berliner Tageblatt) schien der Sache mit süß-saurem Lächeln zu, denn diese demokratische Verehelichung ist einfach, wie der Vorwärts ganz richtig sagt, eine Flucht vor der Verantwortung, die die Demokraten durch Unterstützung des verschleierten Diktaturkabinetts Brüning übernommen haben. Nun bangen sie vor den Wählern, die schon seit Jahren mit der Partei der Koch, Dietrich und Külz etwas unfreundlich verfahren. Den kapitalistischen Schichten sind die Demokraten nicht kapitalistisch genug, den demokratisch-republikanisch-proletarischen dagegen sind sie nicht entschieden demokratisch genug. An den Demokraten erfüllt sich das Schicksal, das der Liberalismus in allen Ländern erfährt: er wird zwischen den Mahlsteinen Großkapitalismus und Sozialismus zerrieben.

Die kleinbürgerlichen und proletarischen Massen laufen den Liberalen davon, weil der Liberalismus diesen unter der großkapitalistischen Entwicklung am stärksten leidenden Schichten nicht genügend Schutz bedeutet. Sie wählen rot oder fallen auf die Rattenfängermelodien und scheinsozialistischen Phrasen der Hakenkreuzler herein. Die Sachsenwahl zeigte den Fiebergrad dieses Auflösungsprozesses bereits an. Darum und weil die Politik im Kabinett Brüning besonders volksfeindlich war, dieser Sammeleifer rechts und in der Mitte.

•

Die Wähler jedoch, mißtrauisch geworden durch jene jahrzehntelange Betrügerei, die die bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien an ihnen verübten, fragen heute mehr denn je nach Programmen und Prinzipien. Und wie lautet das neue staatsparteiliche Glaubensbekenntnis? Vor ein paar Tagen schon konnte man es im Organ des Jungdeutschen Ordens lesen. Gegenseitige Achtung von Schwarzweißrot und Schwarzrotgold war an die Spitze gestellt. Eine Wahlreform, so hieß es, müsse die Persönlichkeit zur Geltung bringen. Eine Reichsreform müsse der Vielregiererei zu Leibe gehen, aber die alte Tradition der Stämme und die wirtschaftlichen Gegebenheiten achten. Eine Finanzreform solle den Staatshaushalt in Ordnung bringen und die Steuern „gerecht verteilen". Soziale Reformen hätten der deutschen Sozialpolitik zu innerer Gesundung zu verhelfen. Die Wirtschaftsreform müsse einen Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft schaffen, der die wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber in der Staatspolitik wirklich zur Geltung bringe. Diese Reformen, so wird stolz verkündet, „gewährleisten das Wehrrecht des Staates und eine Außenpolitik, die den Lebensnotwendigkeiten des Deutschen Reiches Geltung verschafft".

Das klingt beinahe nach etwas und sind doch nur Phrasen. Wieder mal vergißt eine Neugründung, dem Wähler zu sagen, welche Steuern sie sich denkt, wie sie zu den Sozialausgaben im einzelnen steht, wie sie über die von Prof. Goetsch erst kürzlich gekennzeichnete Anarchie des Kapitalismus denkt und was sie gegen die Arbeitslosigkeit tun will. Phrasen, Phrasen, nichts als Phrasen. Eine Synthese von Schwarzweißrot und Schwarzrotgold — und das ist für die demokratische Wählerschaft wohl mit das Interessanteste, denn bis heute setzten sich die Demokraten nur für die eine Farbe ein, ja, sie erschien ihnen geradezu die Erfüllung jenes bürgerlichen Emanzipationskampfes, den schon die 48er Demokraten kämpften. Seit Brüning-Dietrich haben wir eine neue 48er Spielart; zu ihnen gehören die Demokraten, die Brüning mit dem Artikel 48 regieren lassen. Es ist schon so: durch die Novemberumwälzung von 1918 wurden die Endziele der Demokraten bis auf einige Reste formell erfüllt. Die Verteidigung der Weimarer Verfassung und ihre Verwirklichung hat angesichts der Knochenerweichung des liberalen Bürgertums die Sozialdemokratie übernehmen müssen; die Mission der Demokratischen Partei erscheint damit erledigt. Auch das gehört zum tieferen Sinn der neuesten Sonntagsgründung, der demokratischen Verschmelzung mit Mahrauns Schwarzweißrotgold.

•

Aber etwas anders hatten sich's die Gründer doch gedacht. Sie glaubten, daß die ganze DDP. mitgerissen würde, und daß vor allen Dingen die Volkspartei nicht beiseite stehen könnte. So nationalliberal ist man in diesem Lager geworden: die Großkapitalisten der Volkspartei und die Kleinrentner des demokratischen Anhangs — das wollte man unter einem Dache sammeln. Aber die Volkspartei reagiert sauer, und beträchtliche demokratische Teile runzeln ebenfalls die Stirn. Die Nationalliberale Korrespondenz hat schon im Namen der Volkspartei abgesagt; die Kölnische Zeitung ist vorläufig das einzige liberale Organ, das mit der Staatspartei sympathisiert. Herr Dr. Scholz sammelt weiter, und wenn nicht aufgepaßt wird, gibt's bei dieser allgemeinen Sammelei noch einige Spaltungen. Wie das möglich ist, haben uns die Deutschnationalen vorgemacht, bei denen nach dem allgemeinen Sammelblasen aus einem Laden — vier entstanden waren. Es gibt solche Naturwunder in der Politik, namentlich wenn Chaos und Zersetzung derart überhand genommen haben wie im bürgerlichen Lager. Sofern nicht aufgepaßt wird, kann es passieren, daß Volkspartei und Demokraten durch die neue Staatspartei zwar gespalten, aber nicht aufgesogen werden, und daß an Stelle der früheren beiden Parteien plötzlich mindestens drei da sind.

•

Wenn die Kölnische Zeitung meint, die Sozialdemokratie sehe scheel auf die Einigungsverhandlungen im „staatsbejahenden Bürgertum", so irrt sie wirklich. Uns kann nur daran gelegen sein, daß dem deutschen Wähler die Uebersicht erleichtert wird. Also sammelt ruhig weiter, wenn der Mast auch bricht. Aber wünschenswert ist, daß dabei nicht noch mehr Unklarheit herauskommt als bisher, sondern Klärung. Die jedoch wird den Bürgerlichen immer unmöglicher, weil sie alle nicht den Mut haben, auszusprechen, was ist! Zu sagen, daß es sich bei den gegenwärtigen Kämpfen um die Zuspitzung der Gegensätze zwischen arm und reich, zwischen Sozialismus und Kapitalismus handelt. Und daß angesichts der steigenden Not der Massen mit Phrasen wie „Staatsbejahung", „Volksgemeinschaft", der „Staat über die Parteien" usw. nicht weiterzukommen ist. Namentlich dann nicht, wenn die bürgerlichen Parteien ihren Phrasen in der praktischen Politik so ins Gesicht schlagen, wie sie es bis heute unterm Kabinett Brüning getan haben!

Nun funken verschiedene gicht- und schiffbrüchige Parteikapitäne ihre Notsignale über treibende Trümmer hin — SOS: Sammelt, o sammelt! Rettet eure Mandate! Erfindet neue Firmen!! Aber was dabei herauskommt, ist Zersammlung, ist das Eingeständnis, daß das bürgerliche Lager wirklich nur noch einen Interessentenhaufen darstellt.

R. G.

Aus den Wolken...

Der Schlag gegen den Faschismus

Mailand, im Juli. (Eig. Bericht.) Dieser Tage warf, wie schon gemeldet, der Flieger und Antifaschist Bassanesi Tausende von antifaschistischen Flugblättern über Mailand ab.

Der Polizeidirektor von Mailand ist versetzt worden. Das ist die erste offizielle Folge des antifaschistischen Fluges über Mailand. Auch für die Schlamperei im Himmel hat ein Polizeidirektor in Italien heutzutage einzustehen. Trotzdem scheint aber festzustehen, daß von der Polizeidirektion sofort, nachdem man sich über die Natur der abgeworfenen Flugblätter klar geworden war, der Befehl an den Flughafen von Mailand erging, den Flugapparat abzuschießen. Als aber die italienischen Flugzeuge aufsteigen wollten, bemerkte man, daß die Maschinengewehre auseinandergenommen waren. Bis sie den Himmel Mailands von den gefährlichen Manifesten reinigen konnten, war das Flugzeug des Bassanesi längst verschwunden. Ueber allen Arbeitervierteln hatte es Zehntausende von Flugblättern abgeworfen.

Das Versagen der faschistischen Abwehr setzt in Italien niemand in Verwunderung, denn man kennt dort die Desorganisation in allen faschistischen Aemtern. Mussolini selbst kennt sie, und eben deshalb glauben die meisten, daß es ihm bei seinen Kriegsdrohungen nicht Ernst sein kann. Was aber in Mailand in Verwunderung setzte, war die völlige Verstörtheit der Miliz, die sich so ängstlich und kopflos benahm, daß man im Publikum zunächst auf einen Fliegerangriff mit Giftgas schloß. Bei dem nachher beginnenden Raufen um die Flugblätter sind sehr wenige von der Polizei erbeutet worden, denn die Leute wußten sie gut zu verstecken. Am Abend desselben Tages konnte man schon im Zentrum von Mailand für 50 Lire derartige Flugblätter

Massen heraus!

Die freiheitliche republikanische Bevölkerung Dresdens, insbesondere die gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft wird aufgerufen, morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, zu der großen Wahlkundgebung nach den Elbwiesen, Hochuferstraße (Eingang Hochufer-, Lothringer Straße), zu erscheinen. Es sprechen:

Reichstagspräsident Paul Löbe,

Reichstagsabgeordneter Tarnow,
M. d. Reichswirtschaftsrates und

Reichstagsabgeordnete Toni Sender.

Die Reden werden durch den Siemens-Großlautsprecher übertragen. Die künstlerische Umrahmung übernehmen die Arbeitersänger durch Massenchöre und gemischte Chöre, die Friedrichstädter Turner- und die Reichsbannerkapelle. Teilnehmerabzeichen, die zur Benutzung der Tribünen berechtigen, sind auf dem Festplatze zum Preise von 20 Pf. bei allen Ordnern erhältlich.

Es gilt, gegen Verfassungsbruch und Kapitalherrschaft, gegen Lohnabbau und unsoziales Steuerprogramm, gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung und die gewaltige Verschlechterung der Krankenversicherung, gegen Kürzung der Bezüge der ehemaligen Kriegsteilnehmer, der Invaliden und Wöchnerinnen, gegen die Diktaturgelüste der bürgerlichen Parteien zu protestieren. Die Herrschaft des Volkes ist bedroht. Die Veranstaltung soll den Massenwillen der Dresdner Bevölkerung bekunden für Parlamentarismus, Demokratie, Sozialismus, den weiteren Ausbau der deutschen Sozialpolitik und für eine starke parlamentarische Vertretung der Arbeitnehmer und Verbraucher, für eine starke Sozialdemokratie zu kämpfen.

SPD. Groß-Dresden - ADGB Ortsausschuß Dresden
Kartell für Sport- und Körperpflege - Sozialistische Arbeiterjugend

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19300729/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG